

Name/Firma des Antragstellers/der Antragstellerin
(genaue Bezeichnung des Unternehmens)

Beilage:

Zum Antrag auf Erteilung der Genehmigung für einen Verkehr nach dem Personenbeförderungsgesetz (PBefG)

vom

Zutreffendes ankreuzen oder ausfüllen

Angaben zur Leistungsfähigkeit des Antragstellers/der Antragstellerin, die Aufschluss über den derzeitigen Vermögensstand geben

Stand/Datum:

1. Vermögensübersicht			
A	Aktiva	B	Passiva
1.0	<u>Anlagevermögen</u> _____ €	4.0	<u>Langfristige Verbindlichkeiten</u> _____ €
1.1	Grundstücke Verkehrs- Wert) bebaut/unbebaut _____ €	4.1	Grundschulden _____ €
1.2	Gebäude (Verkehrswert) _____ €	4.2	Hypotheken _____ €
1.3	Zeitwert des Fahrzeug- Parks _____ €	4.3	Langfristige Darlehen _____ €
1.4	Betriebs- und Geschäfts- ausstattung _____ €	4.4	Sonstiges: _____ €
1.5	Sonstiges _____ €		
2.0	<u>Umlaufvermögen</u> _____ €	5.0	<u>Sonstige Verbindlichkeiten</u> _____ €
2.1	Vorräte (z.B. Treibstoff, Reifen, Ersatzteile) _____ €	5.1	Kurzfristige Dar- Lehen, Kredite _____ €
2.2	Forderung aus Leistungen _____ €	5.2	Wechselschulden _____ €
2.3	Sonstige Forderungen _____ €	5.3	Steuerschulden _____ €
2.4	Anteile, Wertpapiere _____ €	5.4	Versicherungs- Beitragsschulden _____ €
2.5	Bankguthaben _____ €	5.5	Lieferverbindlich- keiten _____ €
2.6	Kassenbestand _____ €	5.6	Sonstiges _____ €
2.7	Sonstiges _____ €		
	_____ €		_____ €
3.0	Summe Aktiva _____ €	6.0	Summe Passiva _____ €
	abzüglich 6.0		
	Summe Passiva _____ €		
	= Positivsaldo		
	(ausgewiesenes		
	Eigenkapital) _____ €		

Die Richtigkeit der Angaben wird bestätigt.

Ort, Datum

(Stempel und Unterschrift des Wirtschaftsprüfers/der Wirtschaftsprüferin, des vereidigten Buchprüfers/der vereidigten Buchprüferin, des Steuerberaters/der Steuerberaterin, des/der Steuerbevollmächtigten, des Fachanwalts/der Fachanwältin für Steuerrecht, der Wirtschaftsprüfungs- Buchprüfungs- oder Steuerberatungsgesellschaft oder des Kreditinstituts)

2. Sonstige Auskünfte:

a) **Ehelicher Güterstand:**
 gesetzlich (Zugewinnngemeinschaft) nein ja, seit _____
 Gütertrennung nein ja, seit _____
 Gütergemeinschaft nein ja, seit _____

b) Haben Sie Bürgschaften geleistet?) nein ja, über _____ €

c) Können Sie im Bedarfsfall weitere Sicherheiten oder Bürgschaften stellen? nein ja (bitte nachfolgend erläutern)

d) Sind oder waren Sie bzw. Ihr Ehepartner/Ihre Ehepartnerin in den letzten 2 Jahren im Schuldnerverzeichnis eingetragen? nein ja

Haben Sie eine Eidesstattliche Versicherung abgegeben? nein ja
 Amtsgericht _____ Aktenzeichen _____.

Wurde Haftbefehl erlassen nein ja
 Amtsgericht _____ Aktenzeichen _____.

Wird gegen Sie Zwangsvollstreckung betrieben nein ja

3. Angaben über die einzusetzenden Fahrzeuge:

Amtl. Kennzeichen	Hersteller, Typ	Erstzulassung	Sitz-/Stehplätze	Kaufpreis	Zeitwert

4. Die Finanzierung der Fahrzeuge erfolgt durch:

Eigenmittel Darlehen Kredit Leasinggeschäft
 (Bitte Unterlagen beifügen, wie z.B. Darlehens-, Kreditzusagen, Leasingbedingungen)

5. Angaben über die wirtschaftlichen Verhältnisse, die nicht unter Nr. 1-4 erfasst sind, sowie besondere Umstände, die das Betriebsergebnis beeinflussen können (z.B. Auftragszusagen):

Hinweis zur Datenerhebung:
 Nach § 12 Abs. 2 PBefG sind dem Genehmigungsantrag Unterlagen beizufügen, die ein Urteil über die Sicherheit und Leistungsfähigkeit des Betriebes ermöglichen. Bei Taxen- und Mietwagenunternehmen, die keinen Jahresabschluss vorlegen können, ist nach § 2 Abs. 2 Nr. 2 PBZugV eine von einem Wirtschaftsprüfer/einer Wirtschaftsprüferin oder eines/einer anderen Angehörigen der steuerberatenden Berufe bestätigte Vermögensübersicht vorzulegen. Der Stichtag darf zum Zeitpunkt der Antragstellung nicht länger als ein Jahr zurückliegen. Falls Sie nicht bereit sind, Angaben in dieser Beilage zu machen, müssen Sie durch andere geeignete Unterlagen belegen, dass Ihnen das für die Betriebseinrichtung und Betriebsfortführung erforderliche Kapital tatsächlich zur Verfügung steht.

Erklärung:
 Mir ist bekannt, dass die erteilte Genehmigung zurückgenommen bzw. widerrufen werden kann, wenn sich die im Antrag gemachten Angaben ganz oder teilweise als unrichtig erweisen.
 Sofern bei der Bearbeitung des Antrages zur Aufklärung des Sachverhaltes die Einsichtnahme in mich betreffende Straf- und Bußgeldakten erforderlich ist, erteile ich hiermit der Verwaltungsbehörde meine Zustimmung.

Ich versichere, dass ich die Angaben nach bestem Wissen richtig und vollständig gemacht habe.